



Gründung Abstimmungskomitee NEIN zum Energiegesetz

Am 21. Mai wird über das neue Energiegesetz abgestimmt. Die im Urner Abstimmungskomitee NEIN – zum Energiegesetz versammelten Organisationen und Verbände, namentlich die SVP Uri, JSVP Uri, ASTAG Uri, ACS Uri/Schwyz sowie die Gastro Uri sind sich einig: Das Energiegesetz verfehlt das Ziel und gefährdet die Versorgungssicherheit. Es setzt auf eine unnötige Ausdehnung der Förderung einzelner Technologien mittels Subventionen und verkauft den Stimmberechtigten die Katze im Sack.

Sichere Stromversorgung in Gefahr

Das Energiegesetz gibt keine Antwort, wie sich die Schweiz künftig im Winter mit Strom versorgen kann. Mit dem schrittweisen Wegfall der Kernkraftwerke verliert die Schweiz Produktionskapazitäten für Strom. Diese müssen irgendwie ersetzt werden. Das Energiegesetz will dafür einzelne Produktionsarten durch Abgaben der Stromkonsumentinnen und -konsumenten noch stärker subventionieren, vor allem die Stromerzeugung aus Sonne und Wind. Das wird aber niemals genügen, um die ganze Schweiz im Winter mit Strom zu versorgen, weil beispielsweise der vor allem im Sommer anfallende Solarstrom nicht saisonal gespeichert werden kann. Von September bis April wäre die Schweiz auf teilweise massive Stromimporte aus dem Ausland angewiesen. Solche Importe können aber je länger je weniger garantiert werden, denn Frankreich und Deutschland werden ab Mitte der 2020er-Jahre nicht mehr jederzeit Strom exportieren können. Das Energiegesetz kümmert sich schlicht nicht um dieses Problem.

Mit der Energiestrategie 2050 kauft die Bevölkerung die «Katze im Sack»

Mit der Energiestrategie 2050 kauft die Bevölkerung die «Katze im Sack». Das neue Energiegesetz enthält auch Verbrauchsrichtwerte. So soll der durchschnittliche Stromverbrauch pro Person und Jahr bis 2035 um 13 Prozent und der gesamte Energieverbrauch um 43 Prozent sinken (jeweils gegenüber dem Basisjahr 2000). Festgelegt ist zudem, dass der Bund Massnahmen vorlegen muss, sollten die Richtwerte nicht erreicht werden. Die Energiestrategie schweigt sich aber darüber aus, mit welchen konkreten Massnahmen diese Ziele erreicht werden sollen. Es ist illusorisch zu glauben mit der Erhöhung der Energieeffizienz könnte der Anstieg des Strombedarfs durch die Zuwanderung, der Digitalisierung, dem Ersatz fossiler Heizenergie und fossiler Mobilität nur ansatzweise kompensieren werden.. Wie und zu welchen Kosten der Bund die Ziele der Energiestrategie letztlich erreichen will, steht heute in den Sternen. Eine energiepolitische Vorlage, die der Bevölkerung und den Unternehmen nicht einmal in Ansätzen aufzeigen kann, mit welchen Massnahmen und Kostenfolgen zu rechnen ist, um die vorgegebenen Ziele zu erreichen, hält das Urner Komitee gegen das Energiegesetz für unredlich und staatspolitisch bedenklich. Deshalb empfiehlt es die Vorlage abzulehnen.